

Antrag 149/I/2026**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Gerechte Politik für alle Menschen in Berlin – raus aus der untererfassten Metropole**

- 1 Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ermittelt regel-
- 2 mäßig die offizielle Bevölkerung beider Bundesländer, da-
- 3 bei wird zwischen zwei Kennzahlen unterschieden:
- 4 • Bei der Bevölkerungsfortschreibung wird die erfass-
- 5 te Bevölkerung anhand des letzten Zensus durch
- 6 Geburten- und Sterbefälle sowie Zu- und Fortzüge
- 7 aktualisiert und fortgeschrieben. Daraus ergibt sich
- 8 für 2024 eine Bevölkerung von 3.685.265. Diese Me-
- 9 thode ist in allen Bundesländern einheitlich und er-
- 10 möglicht daher deutschlandweite Vergleichbarkeit,
- 11 wird aber immer fehleranfälliger, je mehr Zeit seit
- 12 dem Zensus vergangen ist. Der Zensus wird ca. al-
- 13 le zehn Jahre durchgeführt. Dabei werden stichpro-
- 14 benhaft Haushalte abgefragt. Beim letzten Zensus
- 15 2022 wurden 10,6 Millionen Menschen direkt be-
- 16 fragt. Diese Zahlen werden mit dem Melderegister-
- 17 Zahlen verrechnet.
- 18 • Die Einwohnerregisterstatistik gibt an, wie viele
- 19 Menschen in Berlin und den einzelnen Bezirken ge-
- 20 meldet sind. Zuletzt waren es Ende 2024 3.897.145
- 21 Einwohner*innen in Berlin.
- 22
- 23 Diese und ähnliche Statistiken werden landes- wie bun-
- 24 despolitisch als Grundlage zahlreicher politischer Ent-
- 25 scheidungen genommen, etwa bei der Kapazitätsplanung
- 26 öffentlicher Infrastruktur oder bei der Verteilung von Bun-
- 27 desgeldern auf die Länder.
- 28
- 29 Die Unterschiede zwischen beiden Zahlen sind auf Feh-
- 30 ler sowohl in der Methodik der Bevölkerungsfortschrei-
- 31 bung als auch in der Meldestatistik zurückzuführen. Das
- 32 Problem: Beide Statistiken schaffen es nicht, darzustellen,
- 33 wie viele Menschen wirklich in Berlin leben. Erfasst wird
- 34 nicht die Zahl der Menschen, die tatsächlich in einer Stadt
- 35 leben und tagtäglich ihre Infrastruktur nutzen, sondern
- 36 die Zahl derer, die mit ihrem Hauptwohnsitz dort gemel-
- 37 det sind. Nicht erfasst werden Menschen, die ihren Zweit-
- 38 wohnsitz in Berlin haben, Zugezogene, die noch nicht um-
- 39 gemeldet sind, Geflüchtete, die melderechtlich nicht er-
- 40 fasst oder einer anderen Kommune zugewiesen sind oder
- 41 Wohnungslose, die oft gar nicht gemeldet sind. Schätzun-
- 42 gen zufolge leben etwa 400.000 – 600.000 Menschen
- 43 mehr in Berlin als offiziell angegeben. Sie alle nutzen die
- 44 öffentliche Infrastruktur: Straßen, ÖPNV, Krankenhäuser,
- 45 Schulen etc. Durch Pendler*innen aus dem Umland und
- 46 Tourist*innen erhöht sich der Druck auf die öffentliche In-
- 47 frastruktur noch weiter.
- 48

49 Dieses grundsätzliche Problem tritt in vielen deutschen
50 Großstädten auf, aber sowohl in absoluten als auch in re-
51 lativen Zahlen nirgendwo so stark wie in Berlin: Der Anteil
52 dieser sogenannten „unsichtbaren Bevölkerung“ liegt hier
53 bei ca. 10-15% der Gesamtbevölkerung, in Großstädten wie
54 Hamburg oder München wird er auf ca. 5-8% geschätzt.

55

56 Als Positivbeispiel für eine bessere statistische Erfassung
57 kann Frankreich dienen: Hier werden von der Statistikbe-
58 hörde INSEE für die Bevölkerung von Städten und Kommu-
59 nen insgesamt drei Kennzahlen erfasst und angegeben:

- 60 • Population municipale: Meldestatistik, vergleichbar
61 mit der Einwohner*innenstatistik in Deutschland
- 62 • Population totale: Tatsächliche Alltagsbevölkerung,
63 die erfasst, wie viele Menschen sich dauerhaft und
64 regelmäßig in der Stadt aufhalten
- 65 • Population touristique: Erfasst zusätzlich Tourist*in-
66 nen und Personen, die sich nur saisonal in ei-
67 ner Stadt aufhalten. Erfasst damit auch saisonale
68 Schwankungen der tatsächlichen Bevölkerung

69

70 **Die Situation auf Landesebene**

71 Das Problem ist seit Langem bekannt, es fehlt aber bis-
72 lang an politischen Mehrheiten, gerechtere Lösungen zu
73 finden. In den letzten Jahren hat sich die Diskrepanz zwi-
74 schen erfasster und tatsächlicher Bevölkerung durch den
75 starken Zuzug nach Berlin verschärft. Ein ewiges Aussit-
76 zen des Problems ist für uns nicht hinnehmbar, wir fordern
77 echte Lösungen!

78 Wir begrüßen bisher in der Praxis durchgeführte An-
79 sätze, das Problem der Untererfassung zu umgehen. So
80 werden beispielsweise benötigte Krankenhauskapazitä-
81 ten nach tatsächlichem Fallaufkommen statt nach Ein-
82 wohner*innenzahl bestimmt. Auch die benötigten ÖPNV-
83 Kapazitäten werden nach Fahrgastaufkommen ausge-
84 legt, nicht aber deren Finanzierung. Diese Ansätze sind in
85 der Praxis wirksam, bekämpfen aber nur Symptome, oh-
86 ne das zugrundeliegende Problem zu beheben. Außerdem
87 führen sie oft zu einer chronischen Unterfinanzierung. Da-
88 her fordern wir eine grundlegende statistische Neuerfas-
89 sung der Bevölkerung als Grundlage von Planungen in der
90 Landespolitik. Das heißt konkret:

- 91 • Die Erfassung der tatsächlichen Alltagsbevölkerung
92 zusätzlich zur Meldestatistik nach französischem
93 Vorbild. Beide Kennzahlen sollen regelmäßig von
94 staatlicher Seite erfasst und veröffentlicht wer-
95 den.
- 96 • Eine zusätzliche Erfassung der Personen, die sich zu
97 Spitzenzeiten in Berlin aufhalten, beispielsweise im
98 Sommer oder zu Semesterbeginn an den Hochschu-
99 len
- 100 • Die Planung der benötigten Kapazitäten öffentlicher
101 Infrastruktur anhand der Alltagsbevölkerung,

102 nicht der Meldebevölkerung, dies umfasst:

103 • Behörden und Organisationen mit Sicherheitsauf-

104 gaben, z.B. Feuerwehr und Polizei

105 • Gesundheitsversorgung, z.B. Zahl der Krankenhaus-

106 betten, Kassenplätze für Therapeut*innen

107 • Plätze in Kitas und Schulen

108 • ÖPNV

109 • Öffentliche Verwaltung und Bürgerämter

110 • Öffentliche Daseinsvorsorge in den Bereichen Ab-

111 fall, Wasser und Energie

112 • Bedarfsprognosen für Wohnraum

113 • Ausreichend finanzielle Mittel zur Erfüllung dieser

114 Aufgaben. Dies umfasst explizit auch eine ausrei-

115 chende Bereitstellung von Mitteln für die Bezirke

116 Uns ist bewusst, dass die Erfassung der Alltagsbevölke-

117 rung ungenauer und fehlerbehafteter ist als die Melde-

118 statistik. Trotz kleiner Abweichungen, kann die dauerhafte

119 systematische Untererfassung ausgebessert werden.

120

121 **Der bundespolitische Blick**

122 Die systematische Untererfassung von Großstädten führt

123 in der Praxis dazu, dass insbesondere die Stadtstaaten we-

124 niger Bundesmittel erhalten als ihnen zusteht, sei es bei

125 der Verteilung des Sondervermögens, beim Länderfinanz-

126 ausgleich oder bei weiteren Bundeszuweisungen. Auch

127 etwa Berlins Anteil an der Umsatzsteuer wird über die Be-

128 völkerungsfortschreibung ermittelt. Daran wiederum ori-

129 entieren sich auch wichtige Förderungen des Bundes, wie

130 zur Umsetzung des Gewalthilfegesetzes.

131

132 Für jede in Berlin lebende Person stehen also im Schnitt 10-

133 15% weniger finanzielle Mittel zur Verfügung als im Bun-

134 desdurchschnitt. Für die Bereitstellung einer guten Infra-

135 struktur bedarf es aber auch einer ausreichenden Finan-

136 zierung. Dabei ist für uns klar, dass jeder Mensch gleich

137 viel wert ist und dies sich auch in der Finanzierung wider-

138 spiegeln muss. Wir fordern daher:

- 139 • nach französischem Vorbild die Einführung einer
- 140 zwischen Bund und Ländern einheitlich anerkannten
- 141 und regelmäßig erfassten Statistik zur Alltags-
- 142 bevölkerung von Ländern und Kommunen zusätz-
- 143 lich zur Meldestatistik
- 144 • die Verteilung von Bundesmitteln auf Länder nach
- 145 Alltagsbevölkerung statt Meldebevölkerung, um so
- 146 den tatsächlichen Bedarf an öffentlicher Infrastruk-
- 147 tur besser abbilden zu können. Diese Erhebungen
- 148 müssen einhergehen mit einer Kampagne, die klar-
- 149 stellt, dass diese Erhebungen anonym ausgewertet
- 150 werden und dass durch die Teilnahme an einer sol-
- 151 chen Erhebung keinerlei Nachteile entstehen kön-
- 152 nen.

153

154 Vom aktuellen System profitieren neben wohlhabenden

155 Ländern im Süden auch strukturschwache und ländlich
156 geprägte Länder, vor allem im Osten. Daher muss solch
157 eine Mittelverschiebung mit einer gleichzeitig eingeführ-
158 ten stärkeren finanziellen Förderung für strukturschwa-
159 che und ländliche Räume einhergehen, besonders um
160 Nachteile in Ostdeutschland auszugleichen.